

## Positionen der SPD-Landtagsfraktion zur Landtagswahl 2021

### 1. Kriminalisierung Seenotrettung

1. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur\*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmend kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

*Die Seenotrettung sollte weder kriminalisiert noch behindert werden. Menschen in Not muss geholfen werden und Rettung aus Seenot ist ein Gebot der Menschlichkeit.*

2. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

*Eine staatlich organisierte Seenotrettung wäre absolut wünschenswert, muss aber auf europäischer Ebene organisiert werden. Die Landesebene hat hier nur sehr beschränkte Möglichkeiten, diese würden wir aber im Falle einer Regierungsbeteiligung im Rahmen einer Bundesratsinitiative nutzen.*

### 2. Thema Landesaufnahmeprogramm

1. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

*Wir unterstützen ein solches Landesaufnahmeprogramm, insbesondere für die Geflüchteten in den griechischen Lagern, deren Situation nicht menschenwürdig ist. Wir haben den Ministerpräsidenten im letzten Herbst auch in einem Schreiben dazu aufgefordert, ein Landesaufnahmeprogramm ins Leben zu rufen, was dieser jedoch wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg abgelehnt hat.*

2. Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

*Mit welcher Partei eine Koalition eingegangen wird, kann meistens nicht an einem einzigen Punkt festgemacht werden. Es wird ein Gesamtpaket verhandelt und in diesem Rahmen stellt ein Landesaufnahmeprogramm für uns ein wichtiges Anliegen dar. Eine Koalition mit einer Partei, die Menschenrechte missachtet und Hilfen für geflüchtete Menschen grundsätzlich ablehnt, kommt für uns definitiv nicht in Frage.*



3. Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt?)

*Die Klage des Landes Berlin gegen das Nein des Bundesinnenministeriums zu Landesaufnahmeprogrammen unterstützen wir und wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Baden-Württemberg dieser Klage anschließt.*

### 3. Aufnahmebereitschaft der Kommunen

1. Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

*Eigenständige kommunale Aufnahmeprogramme dürften auf Grundlage des aktuellen Aufenthaltsgesetzes noch mehr rechtlichen Hindernisse begegnen als Landesaufnahmeprogramme. Wir begrüßen aber die Positionierung vieler Kommunen als ein wichtiges Zeichen der Menschlichkeit.*

2. Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Forderung aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?

*Wir unterstützen diese Forderung, insbesondere die weitere Aufnahme von Menschen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland. Dabei gilt es, konsequent auf eine europäische Lösung hinzuarbeiten.*

### 4. Sichere Bleibeperspektiven in Baden-Württemberg

1. Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

*Alle Menschen, deren Asylverfahren positiv beschieden wurde, haben eine sichere Bleibeperspektive in Baden-Württemberg. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren schneller abgeschlossen werden, damit diese Menschen ein Perspektive haben.*

2. Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

*Wir sehen insbesondere Handlungsbedarf bei der Abschiebung gut integrierter Asylbewerber. Hier sollte ein Spurwechsel ermöglicht werden, um Menschen, die zwar kein Asyl bekommen können, aber gut integriert sind und eine Arbeit gefunden haben eine Bleibeperspektive geben zu können. Unserer Auffassung nach könnte in vielen solcher Fälle eine Ermessensduldung erteilt werden, was von der derzeitigen Landesregierung jedoch abgelehnt wird.*

3. Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung des Beschlusses vom April 2017 realisieren, wonach Betroffene über die existierenden Bleiberechtsoptionen aufgeklärt werden?

*Eine Information, unter welchen Voraussetzungen ein Bleiberecht besteht, erfolgt in der Regel durch die zuständigen Behörden. Eine Rechtsberatung im eigentlichen Sinn kann aber nur durch Rechtsanwälte erfolgen.*

## 5. Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

1. Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)

*Die SPD hat für die Landtagswahl zahlreiche Vorschläge für mehr Wohnraum und bessere Bildungschancen. Wenn wir dies umsetzen können, werden auch geflüchtete Menschen bessere Möglichkeiten der Teilhabe haben. Eine bessere Teilhabe im Arbeitsmarkt ist vor allem durch eine gute sprachliche Qualifikation zu erreichen.*

2. Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

*Eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen und vor allem eine ausreichende Finanzierung der Kommunen ist hierfür unerlässlich. Dies werden wir sicherstellen und eine gute Verzahnung der Aufgaben auf Landesebene mit den kommunalen Aufgaben umsetzen.*

## 6. Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen

1. Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung Baden-Württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU Außengrenzen sichergestellt ist?

*Die Leitung der FRONTEX-Einsätze kann tatsächlich nur vor Ort erfolgen, die Landesregierung hat hierauf kaum Einfluss. Sollten an dieser Mission zu viele Mängel beim menschenrechtskonformen Umgang mit den Menschen bestehen, wäre zu bedenken, keine Beamtinnen und Beamten aus Baden-Württemberg mehr zu entsenden.*

## 7. Abschiebungen in Baden-Württemberg

1. Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

*In Einzelfällen ist eine Abschiebehaft unumgänglich und eine spezielle Einrichtung hierfür ist weniger belastend als die Unterbringung in einer regulären Justizvollzugsanstalt.*

2. Was schlagen Sie bzw. Ihre Partei vor, angesichts der Statistiken, wonach rund 50% der Personen in Abschiebungshaft rechtswidrig inhaftiert wurden, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebungshaft zu erreichen?

*Da für die Frage der Rechtmäßigkeit einer Abschiebehaft immer die Umstände des Einzelfalls entscheidend sind, ist eine pauschale Antwort hierauf schwer möglich. Der konkrete Einzelfall muss jeweils korrekt geprüft werden, um Rechtssicherheit zu erhalten.*

3. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass Personen in Abschiebungshaft - analog zu Beschuldigten in Strafverfahren - eine Pflichtverteidigung beigeordnet wird?

*Da Abschiebehaft im Unterschied zur Freiheitsstrafe keine Strafe im Rahmen eines Strafprozesses ist, halten wir dies für nicht zielführend.*

4. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass in Baden-Württemberg - wie in vielen anderen Bundesländern üblich - eine offene und unabhängig Beratung in der Abschiebungshaft geben soll?"

*Ein solches Beratungsangebot unterstützen wir.*

5. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

*Diese müssen unter allen Umständen vermieden werden. Zu diesem Thema haben wir in den letzten Jahren einige kritische Anfragen an die Landesregierung gestellt.*

